

1. Februar 2011

Anträge der GABL-Fraktion zum Haushaltsplan für 2011

1. 1.0100.400001: Rechnungsprüfungsamt:
Reduzierung der Personalkosten um 10.000 Euro im Jahr 2011, ca. weitere 32.000 Euro mittelfristig aufgrund Kooperation mit Böblingen, bereits in der DS V 80 dargelegt
2. 1.0200.638000: Hauptverwaltung
Reduzierung der Kosten für Stellenausschreibungen um 15.000 auf 50.000
Begründung: 50.000 Euro entsprechen in etwa dem RE 2009, vermehrt sollen sonstige Möglichkeiten genutzt werden.
3. 1.0300.637000: Kämmereiabteilung: Spezielle Zweckausgaben (Gutachten, Beratungsleistungen): Kürzen um 50% - 7.500,00 .
Begründung: Ergebnis 2009 lag bei 7.176,28
4. 1.0511: Statistik: kostendeckend durchführen. Einsparung: 26.600.
Begründung: So ausführen, dass Zuschüsse ausreichend sind.
5. 1.0620: Gebäudemanagement: Kürzung um 500.000 Euro, da Haushaltsansatz im Vergleich zum Jahr 2010 wieder angestiegen ist. Begründung: siehe Haushaltsrede.
6. 1.6100: Stadtplanung / Vermessung:
601001: städtebauliche Planungen Kürzen von 40.000 auf 20.000 (Ist 2009: 13.200).
7. 1.6100: Stadtplanung / Vermessung:
601002: Verkehrsplanungen: Kürzen von 70.000 auf 40.000 (Ist 2009: 37.500)
8. 1.6100: Stadtplanung / Vermessung:
601010: Stadtentwicklungs-/Flächennutzungsplanung: Kürzen von 25.000 auf 10.000 (Ist 2009: 2.700)
9. 1.6100: Stadtplanung / Vermessung:
603000: sächl. Aufwand Vermessung: Kürzen von 25.000 auf 17.000 (Ist 2009: 16.000)
10. 1.6300: Straßen im Gemeindegebiet
519000: Unterhaltung Verkehrszeichen kürzen um 20.000 auf den Planansatz 2010 (Kampf dem Schilderwald ...)
11. Sachverständigen-, Gerichtskosten, SN 65500: Reduzierung um 40.000 insgesamt. Begründung: In 2011 über alle Haushaltsstellen ca. 101.500 € geplant, RE 2009 waren es aber nur ca. 56.000.
12. Anschaffung Büromöbel/Bürogeräte überall um 10%, Begründung: niedrigerer Standard oder Rückgriff auf Gebrauchtmöbel.
13. Reduzierung der Kreis- und Regionalumlage um 200.000 Euro, was dem Anteil für Stuttgart 21 entspricht. Begründung siehe Haushaltsrede.
14. mindestens 20% der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur werden in den Bereich "alternative Mobilität" umgeschichtet. Begründung siehe Haushaltsrede